

Bahr, Holger

Article — Digitized Version

Kanadas Finanzpolitik lehrt: und es geht doch!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bahr, Holger (1998) : Kanadas Finanzpolitik lehrt: und es geht doch!,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 7, pp. 407-411

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40109>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Holger Bahr

Kanadas Finanzpolitik lehrt: Und es geht doch!

Für die Lösung der heimischen Probleme der Volkswirtschaft kann ein Blick ins Ausland hilfreich sein. Wie konnte Kanada seine spektakulären Konsolidierungserfolge in der Finanzpolitik in den letzten vier Jahren erzielen? Welche Lehren sind hieraus für die Bundesrepublik zu ziehen?

Wenn in Deutschlands Wirtschaftspolitik der mittlerweile viel zitierte Reformstau diagnostiziert wird, dann schweifen die Blicke von Politikern und Wissenschaftlern gern ins Ausland. Geht es darum, Lehren aus den dortigen Erfahrungen zu ziehen, richtet sich das Augenmerk bei Fragen zum Arbeitsmarkt häufig auf die Vereinigten Staaten, aber auch auf Großbritannien und zuletzt verstärkt auf unsere Nachbarländer die Niederlande und Dänemark¹.

Geht es dann allerdings darum, die durchaus unterschiedlichen Reformstrategien zu bewerten und die Konsequenzen für die deutsche Wirtschaftspolitik zu ziehen, dann bilden sich rasch zwei Lager: Die einen betonen die Vorzüge des jeweiligen Modells und die anderen heben deren Nachteile hervor. Argumentiert wird dabei in aller Regel anhand der entsprechenden Aggregate, also vom Ergebnis her. So wird mit Blick auf die Vereinigten Staaten einerseits der enorme Beschäftigungsaufbau in den neunziger Jahren bewundert und andererseits die stagnierende Realeinkommensentwicklung verachtet.

Selbst aus dem ordnungspolitisch über Zweifel weitgehend erhabenen Fallbeispiel Neuseeland mit einer seit dem Jahre 1984 konsequent und konsistent umgesetzten angebotsorientierten Reformpolitik wer-

den unter dem Hinweis auf die geringe Größe der Volkswirtschaft und unterschiedliche historisch gewachsene Strukturen keine Handlungsempfehlungen gewonnen². Kurzum: Der Blick ins Ausland bietet zwar allseits Argumente für die wirtschaftspolitische Tagesdebatte, aber zu mehr reicht es nicht!

Vielzahl von Gemeinsamkeiten

Kanadas Finanzpolitik hingegen bietet mehr, wenn man sich denn darauf einläßt, genauer hinzuschauen, was allerdings leider noch nicht in angemessenem Umfang geschehen ist. So haben sich die spektakulären Konsolidierungserfolge der Finanzpolitik in Kanada in den letzten vier Jahren hierzulande weitgehend unbemerkt vollzogen. Dies ist um so bedauernswerter, als es eine Vielzahl von strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen der kanadischen und der deutschen Volkswirtschaft gibt, so daß die Möglichkeit der Übertragung des dort verfolgten Ansatzes nicht so einfach von der Hand gewiesen werden kann. Die geographische Distanz zu Kanada sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die dortigen Erfahrungen sehr wohl Relevanz für die deutsche Finanzpolitik haben können, ja vielmehr haben sollten. Dabei ist Kanadas Konsolidierungspolitik nicht nur vom Ergebnis her betrachtet vorbildlich und erfolversprechend.

Holger Bahr, 29, Dipl.-Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Autor bringt seine persönliche Auffassung zum Ausdruck.

¹ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, S. 49 ff.

² Für eine zusammenfassende Darstellung des neuseeländischen Reformmodells vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Reformen voranbringen (Jahresgutachten 1996/97), Ziffern 46 ff.

Der kanadische Maßnahmenkatalog sollte vielmehr genau geprüft werden, denn es gibt zumindest eine Reihe von institutionellen Parallelen, die die Wirksamkeit des kanadischen Weges auch hierzulande vermuten läßt. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß Kanada als G7-Mitglied ebenfalls ein etabliertes und großes Industrieland ist. Die traditionell hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten, in die etwa vier Fünftel der kanadischen Ausfuhr gehen, ist dabei ähnlich dem Konjunkturverbund in der Europäischen Union, in deren Mitgliedsländer knapp drei Fünftel der deutschen Exporte geliefert werden.

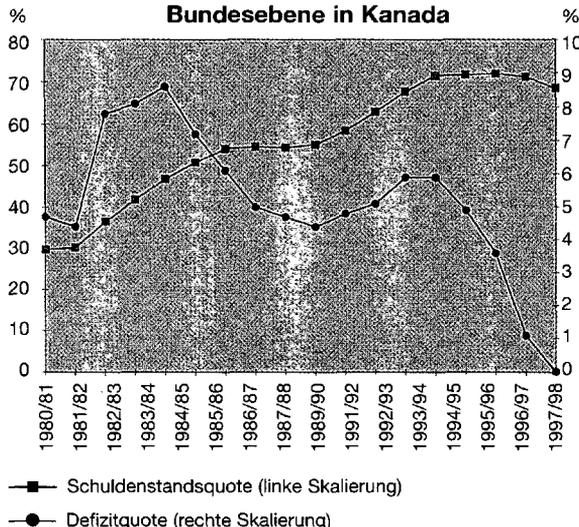
Interessanterweise ist Kanada trotz der geographischen und ökonomischen Nähe zu seinem großen Nachbarn dem europäischen Modell in einigen Punkten ähnlicher; es gibt beispielsweise ein sehr gut ausgebautes System der sozialen Sicherung. Ebenso handelt es sich um einen föderalen Staatsaufbau; der Bundesebene stehen dabei vor allem sehr starke Provinzen gegenüber, man denke etwa an die Separationsbestrebungen von Quebec.

Kanadas wirtschaftspolitischer Irrweg

Nach dem Zweiten Weltkrieg verzeichnete die kanadische Volkswirtschaft über drei Jahrzehnte hinweg hohe Beschäftigungs- und Produktionszuwächse, die mit kräftigen Einkommenszuwächsen einhergingen. Im Zuge der allgemeinen Wohlfahrtssteigerungen wurde der Sozialstaat großzügig ausgebaut. Bedingt durch die beiden Ölpreiskrisen veränderten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen zwar nachhaltig, jedoch erkannte die Wirtschaftspolitik nicht, daß es sich Mitte der siebziger Jahre um Angebotsschocks handelte. So kam es zu einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit, die nach den Rezessionen nicht wieder abgebaut werden konnte, und zu abnehmenden Zuwächsen des Pro-Kopf-Einkommens.

Als Konsequenz der unangemessenen Wirtschaftspolitik steuerte die kanadische Finanzpolitik in eine Sackgasse. Denn der entscheidende Fehler wurde gemacht, indem der Weg in die Staatsverschuldung gegangen wurde, um im keynesianischen Sinne den Fortgang der konjunkturellen Entwicklung zu gewährleisten. In besonderem Maße tat sich dabei der Bund hervor, dessen Haushaltsdefizit in den Budgets 1980/81 bis 1994/95 in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt permanent über 4% gelegen hatte. Im Ergebnis versechsfachte sich der Schuldenstand des Bundes und nahm in Relation zum nominalen

Defizit- und Schuldenstandsquote auf Bundesebene in Kanada



Quelle: Department of Finance Canada.

Bruttoinlandsprodukt in diesem Zeitraum von 29,7% auf 71,6% zu (vgl. Schaubild).

Eine nahezu direkte Konsequenz der dramatisch angestiegenen Staatsverschuldung waren höhere Kapitalmarktzinsen mit entsprechend negativen Wirkungen auf die private Investitionstätigkeit. Ferner ergab sich eine hohe Zinsbelastung des Bundes, die im Haushaltsjahr 1994/95 fast 33% seiner gesamten Einnahmen ausmachte und die Grundlage für anhaltend hohe Budgetdefizite bildete. Erschwerend kam hinzu, daß bei fehlender Reputation der kanadischen Wirtschaftspolitik auf den Finanzmärkten die Währung unter Druck geriet, so daß immer höhere Zinsen zu deren Stützung notwendig waren.

Zu Beginn der neunziger Jahre geriet die kanadische Volkswirtschaft in eine schwere Rezession, das Ende der Sackgasse war quasi erreicht. Die zerrütteten Staatsfinanzen machten Kanada sehr stark von dem Weltzinsniveau abhängig, das auf die Kapitalmarktzinsen (und damit den Schuldendienst) durchwirkte. Die Handlungsfähigkeit des Staates war erheblich eingeschränkt.

Glücklicherweise sind wir in Deutschland noch um einiges von einer derart dramatischen Wirtschaftslage entfernt. Wir sollten den uns noch zur Verfügung stehenden Spielraum allerdings rechtzeitig nutzen, bevor die Finanzpolitik am Ende der Sackgasse vor die Wand fährt. Nicht erst pathologisches Lernen sollte die Einsicht in einen konsequenten finanzpolitischen Kurswechsel beschieren, sondern der Blick auf die positiven Erfahrungen mit einem kohärenten Maßnahmenkatalog, wie er in Kanada umgesetzt worden ist.

Tabelle 1
Ziele und Wirklichkeit bei der Defizitquote des Bundes in Kanada

Haushaltsjahr ¹	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98
Zielvorgaben					in %			
1990	4,5	4,4	3,2	2,1	1,2	0,7		
1991	4,2	3,7	2,7	1,7	1,1			
1992		4,6	3,8	2,9	1,7	1,0	0,6	
1993			5,2	4,5	3,8	2,5	1,6	0,9
1994				6,4	5,4	4,2	3,0	
1995					5,1	4,2	3,0	2,0
1996						4,2	3,0	2,0
1997							2,4	2,0
Ist-Ergebnis	4,8	5,1	5,9	5,9	4,9	3,6	1,1	0,0

¹ Beginnend am 1. April.

Quelle: Department of Finance Canada.

Finanzpolitischer Kurswechsel

Nach den Wahlen im Oktober 1993 kam es unter der neuen Labour-Regierung zu einem konsequenten Kurswechsel in der Finanzpolitik. Finanzminister Paul Martin ist entscheidend dafür verantwortlich, daß es gelang, den Teufelskreis aus hohem Schuldenstand des Bundes, dadurch hohen Zinsbelastungen und mithin hohen Haushaltsdefiziten zu durchbrechen. Erstmals in diesem Jahrzehnt stellte sich im Haushaltsjahr 1995/96 eine Defizitquote ein, die besser als die Zielvorgabe aus den Haushaltsplanungen war. Zwar gab es schon früher ehrgeizige Budgetentwürfe, die Ziele konnten jedoch nicht erreicht werden (vgl. Tabelle 1). Vorläufiger Höhepunkt der kanadischen Erfolgsgeschichte war der Bundeshaushalt, den der Finanzminister Ende Februar dieses Jahres mit einem äußerst bemerkenswerten Ergebnis vorlegte: Das Budget des Bundes ist im abgelaufenen Fiskaljahr 1997/98 (Beginn im April) ausgeglichen, und für die nächsten Jahre sind Haushaltsüberschüsse angekündigt.

Untrennbar verbunden mit der vornehmlich über die Ausgabenseite angesetzten Konsolidierung ist zum ersten der sogenannte Program Review: eine umfassende Überprüfung der Staatstätigkeit, die die Haushaltsansätze der Ministerien innerhalb von drei Jahren um durchschnittlich ein Fünftel, im Extremfall sogar um fast die Hälfte, reduziert hat³. Parallel dazu wurden 14% aller Stellen des Bundes abgebaut. Es handelte sich dabei gleichwohl nicht allein um Aus-

gabenkürzungen, die über drei Haushaltsjahre hinweg kumuliert mit gut 14% der Gesamtausgaben des Bundes (ohne Zinszahlungen) im Budget 1994/95 angesetzt wurden. Es ging vielmehr darüber hinaus darum, die Kernkompetenzen auf Bundesebene zu spezifizieren und die Ressourcen prioritätsgerecht zu verwenden.

Zum zweiten wird mit dem Expenditure Management System die permanente Aufgabenkritik des Bundes fortgesetzt, in dem ein integrativer Konsultationsprozeß vor allem zwischen Kabinett, Parlament und Öffentlichkeit den anstehenden Haushalt vorbereitet⁴. Dabei werden sämtliche staatlichen Leistungen aufs neue auf den Prüfstand gestellt, um die Ressourcen effizient einzusetzen. Eine Art Budgetierung erhöht zudem die Verantwortung und die Flexibilität der Verwaltungseinheiten im Haushaltsvollzug.

Maßnahmen im Rahmen der Budgetplanung

Zum dritten und von besonderem Charme sind die folgenden drei Maßnahmen im Rahmen der Budgetplanung, die in hohem Maße darauf ausgerichtet sind, die finanzpolitische Glaubwürdigkeit für den harten Weg der Defizitreduktion zurückzugewinnen⁵:

Entgegen der früheren Praxis von mehrjährigen Zielen für die Defizitquote enthält der Bundeshaushalt nunmehr Zwei-Jahres-Ziele. Damit wird der Druck zur Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen verstärkt; Einsparungen können nicht wie früher zeitlich aufgeschoben werden.

Ein Element, um die Defizitquote mit größtmöglicher Sicherheit zu erreichen, besteht darin, daß die Haushaltsansätze auf sehr vorsichtigen Prognosen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung basieren. Seit dem Amtsantritt von Paul Martin werden die

³ Vgl. OECD: Economic Surveys: Canada 1995, S. 63 ff.

⁴ Vgl. Government of Canada: The Expenditure Management System of the Government of Canada.

⁵ Vgl. Department of Finance Canada: The Economic and Fiscal Update, 9. Oktober 1996, S. 19.

Eckdaten nicht mehr vom Finanzministerium gesetzt, sondern aus unabhängigen privatwirtschaftlichen Schätzungen abgeleitet: Vom Mittelwert der Prognosen verschiedener Forschungsinstitute und Banken schließlich werden Abschläge etwa für die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts sowie Zuschläge etwa bei den Zinssätzen und der Arbeitslosenquote um einige Zehntelprozentpunkte vorgenommen. Genauer: Im Haushalt 1998/99 ist die zugrunde gelegte Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts um einen halben Prozentpunkt unter der Marktprognose und die langfristigen Zinsen werden um 50 Basispunkte höher angenommen.

□ Mit den sogenannten Contingency Reserves, einer Art Rücklage, befindet sich ein weiteres Vorsorgeelement im Budget. Diese Mittel (3 Mrd. Dollar) dürfen einzig und allein im Falle einer unvorhergesehenen erheblichen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgerufen werden, nicht aber zur Finanzierung neuer Programme. Da die Contingency Reserves bislang unangetastet blieben, reduzierte sich das Bundesdefizit jeweils um den vollen Betrag.

Reform der sozialen Sicherungssysteme

Der finanzpolitische Kurswechsel machte zudem nicht Halt vor langfristigen Reformansätzen in den Systemen der sozialen Sicherung, sondern beinhaltet quasi einen ganzheitlichen Ansatz. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß die kanadische Bevölkerung hinsichtlich ihrer Haltung zum Sozialstaat den kontinentaleuropäischen Vorstellungen sehr viel näher steht als dem Modell in den Vereinigten Staaten, dessen geringe soziale Absicherung durch den Staat keinesfalls als eine nachahmenswerte Option erachtet wird.

Auf der einen Seite sind bereits konkrete Maßnahmen ergriffen worden, wie z.B. in der Arbeitslosenversicherung: Im Jahre 1994 wurden das Leistungsniveau abgesenkt und die Anspruchsvoraussetzungen verschärft. Ungeachtet dessen bestehen allerdings weiterhin Fehlanreize insbesondere für stark saisonabhängige Arbeitskräfte, denen nach relativ kurzer Beschäftigungsdauer bereits eine relativ lange Bezugsdauer von Zahlungen gewährt wird⁷. Durch den Employment Insurance Act aus dem Jahre 1996 wurden die Arbeitslosenversicherung und die aktive Arbeitsmarktpolitik – die Verantwortung hierfür liegt nun verstärkt bei den Provinzen und Kommunen – zusammengefaßt, um die Menschen länger in Beschäftigung zu halten und vor allem der häufig zu beobachtenden regelmäßigen Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen zu begegnen⁸.

Auf der anderen Seite sind Reformvorhaben im Rahmen der Rentenversicherung und der Krankenversicherung bereits weit vorgebracht. Nachdem Anfang des Jahres 1996 ein landesweiter Konsultationsprozeß eingeleitet worden ist, einigten sich die Bundesregierung und die Provinzen auf eine Reform der kanadischen Alterssicherung: Durch einen steileren Anstieg der Beitragssätze ab dem Jahre 1998 wird ein größerer Kapitalstock aufgebaut. Zusätzlich wurden die Anspruchskriterien für den Rentenbezug verschärft, um die Beitragssatzbelastung ab dem Jahre 2003 konstant zu halten und den Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in die Rente ab dem Jahre 2012 aufzufangen⁹. Im Rahmen eines ähnlichen Vorgehens sind von dem eigens eingerichteten National Forum of Health Anfang dieses Jahres Vorschläge für die langfristige Sicherung des Gesundheitssystems unterbreitet worden.

Akzeptanz und Reputation

All diese Maßnahmen als solche, die Art Ihrer Umsetzung und die dahinter stehende Konsistenz in der wirtschaftspolitischen Argumentation haben entscheidend dazu beigetragen, daß mit der Akzeptanz in der Bevölkerung und der Reputation auf den Finanzmärkten zwei bedeutsame Faktoren die dortigen Konsolidierungserfolge begünstigt haben. Zum einen ist es dem Finanzminister gelungen, die Kanadier von der Notwendigkeit und den mittelfristigen Vorteilen gesunder Staatsfinanzen zu überzeugen: Paul Martin hat frühzeitig deutlich gemacht, daß der finanzpolitische Kurswechsel kein Selbstzweck ist, sondern vor allem dazu dient, mehr Raum für wirtschaftliche Aktivität zu geben, damit einen reibungsloseren Strukturwandel zu ermöglichen und schließlich einen höheren Beschäftigungsstand zu erzielen¹⁰. Hilfreich war in diesem Zusammenhang auch, daß die anfangs keineswegs radikalen Ausgabenkürzungen in den beginnenden Konjunkturaufschwung gelegt und die restriktiven Nachfragewirkungen von den

⁶ Die Reformansätze folgen dabei ordnungspolitischen Grundsätzen in Richtung verstärkter individueller Verantwortung, wie sie auch für Deutschland gefordert werden; vgl. etwa M. Hüther, M. Premier: Zwischen individueller und solidarischer Absicherung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 2, S. 117-124.

⁷ Vgl. E. S. Prasad, A. Thomas: Labor Market Adjustment in Canada and the United States, International Monetary Fund Working Paper WP/97/2. Januar 1997.

⁸ Vgl. OECD: Economic Surveys: Canada 1997, S. 54 ff.

⁹ Vgl. OECD: Economic Surveys: Canada 1996, S. 113 ff.

¹⁰ Vgl. Government of Canada: A New Framework for Economic Policy, A Presentation by The Honourable Paul Martin, P.C., M.P., 17. Oktober 1994.

Tabelle 2
Ausgewählte Indikatoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Kanada

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	in %								
Bruttoinlandsprodukt, real ²	0,3	-1,9	0,9	2,5	3,9	2,2	1,2	3,8	3½
Privater Verbrauch	1,3	-1,4	1,8	1,9	3,1	1,7	2,4	3,9	3½
Staatsverbrauch	3,2	2,7	1,0	0,5	-1,7	-0,4	-1,3	-0,1	½
Anlageinvestitionen	-3,6	-3,5	-1,3	-2,9	7,1	-2,8	4,8	11,4	7
Ausfuhr	4,1	1,4	7,6	10,4	14,7	9,3	5,5	8,6	8½
Einfuhr	2,0	3,3	5,6	8,8	11,5	6,7	5,2	13,4	9½
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-3,8	-4,0	-3,7	-4,0	-3,0	-1,0	0,4	-2,0	-3
Verbraucherpreise ³	4,8	5,6	1,5	1,8	0,2	2,2	1,6	1,6	1½
Kurzfristiger Zinssatz ⁴	13,0	9,0	6,7	5,0	5,4	7,0	4,4	3,5	4½
Langfristiger Zinssatz ⁴	10,8	9,8	8,8	7,9	8,6	8,4	7,5	6,5	5½
Arbeitslosenquote ⁵	8,1	10,4	11,3	11,2	10,4	9,5	9,7	9,2	8½
Beschäftigung ^{2,6}	0,6	-1,9	-0,6	1,4	2,1	1,6	1,3	1,9	2

¹ Eigene Schätzung. ² Veränderung gegenüber dem Vorjahr. ³ Für Dreimonatswechsel. ⁴ Für Staatsschuldspapiere mit einer Laufzeit von zehn Jahren. ⁵ Arbeitslose als Anteil an den zivilen Erwerbsspersonen. ⁶ Zivile Erwerbstätige.

Quelle: OECD.

konjunkturbedingten Mehreinnahmen des Bundes teilweise kompensiert wurden.

Mittlerweile ziehen auch die zwölf Provinzen an dem gleichen Strang und streben nach Haushaltsüberschüssen. Die Finanzverfassung gibt den Provinzen bei ihren Konsolidierungsbemühungen eine größere Autonomie als hierzulande, es gibt eine konsequentere Anwendung des Trennsystems zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften: Die zwölf Provinzen erheben zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben selbst einzelne indirekte Steuern. Darüber hinaus gibt es bei der Einkommensteuer eigene Provinzsteuersätze, die bei einheitlicher Bemessungsgrundlage zu den Steuersätzen des Bundes hinzukommen. Einen horizontalen Finanzausgleich gibt es zwischen den Provinzen nicht; dafür aber vertikale Transfers der Bundesregierung¹¹.

Zum anderen hat die Übererfüllung der Defizitziele dazu geführt, daß das Vertrauen der Finanzmarktteilnehmer in die neue kanadische Finanzpolitik merklich zurückgewonnen wurde. In einem monetären Umfeld, in dem es der Notenbank gelang, den Verbraucherpreisanstieg in den vorgesehenen Bandbreiten von derzeit 1% bis 3% zu halten, war es möglich, daß die kurzfristigen Zinsen seit März 1995 innerhalb von knapp zwei Jahren um über 500 Basispunkte zurückgingen. Die Kapitalmarktzinsen sanken

im letzten Jahr sogar erstmalig unter das Niveau der Zinsen in den Vereinigten Staaten.

Konsolidierung und wirtschaftlicher Aufschwung

Mit Blick auf die kräftige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 3,8% im abgelaufenen Jahr scheinen die Kanadier bereits unerwartet früh die Früchte des finanzpolitischen Kurswechsels ernten zu können (vgl. Tabelle 2). Dieser Aufschwung wurde von der starken Nachfrage sowohl der privaten Haushalte wie auch der Unternehmen getragen. Die zusätzlich gute Exporttätigkeit sorgte mit für eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz. Sogar die Arbeitslosenquote ging – dank deutlicher Beschäftigungszuwächse – auf zuletzt gut 8% zurück, einem gleichwohl immer noch hohen Niveau. Angesichts der zwar nun rückläufigen, aber immer noch sehr hohen Schuldenstandsquote muß und wird der Konsolidierungspfad allen offiziellen Verlautbarungen zu Folge auch künftig weiter beschritten werden.

Und die Moral von der Geschichte? Verwirre die Bürger und die Märkte nicht! Während in Deutschland der Finanzpolitik zu Recht hektischer Aktionismus und Orientierungslosigkeit in der Durchführung vorgeworfen wird, ist der kanadische Finanzminister der beliebteste Politiker seines Landes, da er die notwendige Überzeugungskraft und politische Macht für den Kurswechsel in der Finanzpolitik hat. Kurzum, es bedarf der fünf großen Ks, um auch in Deutschland wieder auf den Pfad hin zu gesunden Staatsfinanzen zu gelangen: Kohärenz, Konsistenz, Konsequenz, Konsens und Kompetenz!

¹¹ Für eine detailliertere Übersicht über das Steuersystem vgl. OECD: Economic Surveys: Canada 1997, S. 71 ff. und 116 ff.; sowie zu den Transfers an die Provinzen vgl. zusätzlich OECD: Economic Surveys: Canada 1995, S. 141 f.